

DIE SLOWAKEI: WACHSTUMSMODELL MIT HOHEN SOZIALEN KOSTEN

DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM DER LETZTEN JAHRZEHNTE OFFENBART NUN SEINEN WAHREN PREIS

Von **Emil Gula**¹,
GPA-djp
emil.gula@gpa-djp.at

Die sporadischen Berichte über unseren nordöstlichen Nachbarn bringen so aufsehenerregende wie partielle Informationen über auffallend gute Wirtschaftsdaten, restriktive Flüchtlingspolitik und gegebenenfalls überraschende Wahlergebnisse. Eine genauere Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Slowakei ist jedoch selten. Grund genug, sich aus gewerkschaftlicher Sicht diesbezüglich auf eine tiefere Spurensuche zu begeben.

Der wirtschaftliche Fortschritt der letzten Jahre ist in der Slowakei unverkennbar, aber nach wie vor ist ein enormes Ost-West-Gefälle sichtbar.

Die publizierten Wirtschaftsdaten lesen sich wie eine einzige Erfolgsgeschichte. Das BIP der Slowakei ist seit der Teilung der Tschechoslowakei um die Jahreswende 1992/93 stetig gewachsen und erreicht heute 22.622 € je Einwohner (zu Kaufkraftstandards). Die Arbeitslosigkeit ist nach den Krisenwerten im Jahr 2013 (14,1 %) auf zuletzt 7,74 % gesunken. Die Durchschnittsgehälter sind im Jahr 2016 im Schnitt um 3,18 % angestiegen. Die slowakische Automobilindustrie wurde mit über einer Million produzierter PKW pro Jahr bezogen auf die Einwohnerzahl zur unangefochtenen Weltmeisterin. Die formelle durchschnittliche Bildung steigt, die Dauer von gerichtlichen Verfahren sinkt, ebenso wie die Kriminalitätsraten. Der Mindestlohn wurde im Jahr 2017 um 7,41 % angehoben, für das Jahr 2018 wird eine Anhebung um 13,1 % angepeilt. Zuletzt hat es die Region Bratislava laut Daten von Eurostat mit 186 Prozent des Pro-Kopf-BIP im EU-Schnitt auf Platz 6 der reichsten EU-Regionen geschafft (zum Vergleich: Wien auf Platz 17). Doch wie immer lohnt sich auch hier ein zweiter Blick.

Starkes Ost-West-Gefälle: Ein Land mit zwei Gesichtern

Auch ein knappes Vierteljahrhundert nach der Erlangung der Selbständigkeit ist in der

Slowakei ein enormes Ost-West-Gefälle sichtbar. Die Divergenzen sind v.a. durch eine schwache Infrastruktur im Osten des Landes bedingt, was dazu geführt hat, dass sich die Investitionen der letzten Jahrzehnte im Westen des Landes konzentriert haben. Die Folgen sind allgegenwärtig. Die Durchschnittsgehälter lagen im Jahre 2016 im Kreis Presov mit 792 € Brutto um fast 40 % unter denen in Bratislava mit 1.271 € brutto. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Rimavska Sobota mit 24,20 % oder im Bezirk Revuca mit 21,86 % unterscheidet sich um Welten von den offiziellen Quoten im Westen des Landes, welche auf vorhandene Vollbeschäftigung schließen lassen (im Kreis Trnava 3,39 %, in Bratislava 3,72 %, im Bezirk Piestany gar nur 2,61 % Arbeitslosigkeit²).

Bereits hier wird ein zentrales Problemfeld sichtbar. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 48 Monate arbeitslos) liegt in 17 von 79 Bezirken der Slowakei um mehr als das zwanzigfache über dem EU-Schnitt. Dies bedeutet eine Vielzahl von Menschen, die nur unter besonderen Anstrengungen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Obwohl unter dem Hinweis auf grundrechtliche Bedenken kaum brauchbare Daten zur

Mitten im Herzen Europas ist die Bildung von ländlichen Ansiedlungen zu beobachten, die den Slums der Dritten Welt in Nichts nachstehen.

slowakischen Roma-Minderheit betreffend der Volksgruppenzugehörigkeit gesammelt oder ausgewertet werden, legt die Verteilung der von Langzeitarbeitslosigkeit besonders betroffenen Bezirke nahe, dass gerade diese Gruppe stark betroffen ist.

Ohne ausreichende Datenlage sind spezielle, auf diese Zielgruppe zugeschnittene Arbeitsmarktmaßnahmen jedoch wirkungslos und eine Evaluation von Ergebnissen kaum möglich. So ist die Situation dieser 400.000 bis 520.000 Mitglieder starken ethnischen Minderheit (ca. 7,4 – 9,2 % der Gesamtbevölkerung) heute schlechter als zuvor. Die Roma gehören ganz gewiss zu den wahren Verlierern der erfolgten Transformation. Mitten im Herzen Europas ist die Bildung von ländlichen Ansiedlungen zu beobachten, die den Slums der Dritten Welt in Nichts nachstehen.

Das bleibt natürlich nicht ohne Konsequenzen. Ein Teil der Roma versucht der Perspektivenlosigkeit durch das Abwandern in die „alten EU-Staaten“ zu entkommen. Die verbleibenden Mitglieder der Volksgruppe sind mit zunehmenden Konflikten und einschlägigen Vorurteilen konfrontiert.

Die Slowakei: Trotz alledem immer noch ein Niedriglohnland

Das Durchschnittseinkommen im Jahr 2016 – auf die nachhaltige enorme Kluft innerhalb des Landes wurde bereits verwiesen – betrug monatlich 912 € brutto. Wird dies auf Jahresbasis auf die in Österreich üblichen 14 Gehälter durchgerechnet, kommt man auf 780 € Brutto oder 607 € netto. In Österreich waren das im Jahr 2016 immerhin 2.569,90 € brutto.

Das Drama setzt sich bei Medianeinkommen in Höhe von 830 € brutto fort. Um die

Vergleichbarkeit zu wahren, wären das bei Jahresvierzehnteln 711,43 € brutto, oder 559,28 € netto. In diesen Werten ist jedoch bereits der mit Abstand höchste Anteil an Nachtarbeit in der EU von 16,4 %³ (EU-Schnitt: 6,1 %), die Sonntagsarbeit (mit 20,9 % im Jahr 2015) und die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1.754 Stunden berücksichtigt. Das alles ergibt bei einem BIP-pro Kopf-Anteil von 77 % des EU-Schnitts eine Lohnquote von gerade einmal 38 % (bzw. eine bereinigte Lohnquote von 46,10 %⁴).

Über das Hungern in der „Hängematte“

Ein niedriges Lohnniveau geht Hand in Hand mit zu niedrigen Einkünften des Fiskus, so dass Standards eines ausgebauten Sozialstaates kaum erreichbar scheinen. Als zwei Beispiele dafür können die Höhe der „Unterstützungsleistung in materieller Notlage“ (es handelt sich dabei um ein Äquivalent zur Mindestsicherung) und der Familienbeihilfe dienen:

- Bei Einpersonenhaushalten beträgt die slowakische Form der Mindestsicherung 61,60 € monatlich – die Gewährung ist an die Teilnahme gemeinnütziger „Aktivierungsarbeiten“ im Ausmaß von 32 Stunden im Monat gebunden.
- Insgesamt sind auf diese Unterstützungsleistung 211.700 Einwohner (das sind knapp 4 % der Bevölkerung) angewiesen (Stand 01/2017). Dabei wird bei weitem nicht einmal die offizielle Höhe des Existenzminimums von 198,09 € für einen Einpersonenhaushalt erreicht.
- Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Familienbeihilfe, welche 23,52 € monatlich beträgt.

Es verwundert nicht, dass bei dieser Grobmaschigkeit der sozialen Absicherung die Abstiegsängste in der Bevölkerung enorm sind.

Steuerliche Entwicklungen

Umso mehr verwundert es jedoch, dass auch eine klassische Einkommensquelle, wie zum Beispiel die Besteuerung von Dividenden, erst ab 2018 mit einem halberhohen Satz von 7 % eingeführt wird. Eine Zurückhaltung bei steuerlichen Maßnahmen hat in der Slowakei eine gewisse Tradition. Der Aufschrei war bereits 2013 sehr groß, als das Flaggschiff der neoliberalen Vorgängerregierung – die Flat-Tax in Höhe von 19 % – durch den zweiten „Spitzensteuersatz“ von 25 % verwässert wurde - im internationalen Vergleich immer noch ein ausgesprochen niedriger Wert.

Automobilproduktion und vermeintlicher Fachkräftemangel in aller Munde

Der treibende Motor der Wirtschaft sind die Automobilhersteller VW/PSA/KIA und inzwischen auch Land Rover/Jaguar, deren Werke nach und nach unter Gewährung üppiger Subventionen ins Land geholt wurden. Den Herstellern sind unzählige Sublieferanten gefolgt. Doch die gegenwärtige Abhängigkeit von der Automobilindustrie wird zunehmend als Problem betrachtet:

- Die starke Fokussierung auf einen Industriezweig macht die slowakische Wirtschaft anfällig. Dies hat sich bereits während der Krise im Jahr 2008 bestätigt. Innerhalb weniger Monate sanken die Verkaufs- und somit auch die Produktionszahlen rapide.
- Die rasche Einführung von flexiblen Arbeitszeitmodellen wurde als alternativlos bezeichnet und ohne sichtbare Kom-

promisse und oft ohne jegliche Prüfung des Interessenausgleichs in Kraft gesetzt.

Doch das ist inzwischen ein Lied von gestern. Die Produktionszahlen wie auch die Anzahl der produzierten Modelle steigen wieder stetig an, genauso wie der Bedarf an qualifizierter Arbeitskraft. Die ergriffenen „Notmaßnahmen“ wurden jedoch – wenig überraschend – nicht zurückgenommen.

Hier zeigen sich die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte deutlich. WirtschaftsvertreterInnen, ArbeitgeberInnen und Industrie beklagen einen Fachkräftemangel, der teilweise durch den Versuch, möglichst viele billige Arbeitskräfte ins Land zu holen, begleitet wird.

- Viele Jahre war die Slowakei für ausländische ArbeitnehmerInnen aufgrund des niedrigen Lohnniveaus und hoher Arbeitslosigkeit schlicht zu unattraktiv.
- Umso rasanter ist der Anstieg jetzt. Von den 39.110 momentan in der Slowakei beschäftigten ArbeitnehmerInnen ohne SK-Pass sind 11.900 erst im letzten Jahr dazugekommen.
- Die größte Gruppe bilden rumänische StaatsbürgerInnen mit 7815, gefolgt von serbischen StaatsbürgerInnen mit 5.792 ArbeitnehmerInnen. Gerade diese Gruppe wächst am stärksten – im letzten Jahr hat sie sich mit 3.909 Neuzugängen mehr als verdreifacht.

Begleitend hierzu wird auf die Wiedereinführung einer praxisorientierten dualen Ausbildung gesetzt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die gut funktionierende duale Ausbildung, welche in den ersten Jahren der Transformation vollkommen und ohne

Ein niedriges Lohnniveau geht Hand in Hand mit zu niedrigen Einkünften des Fiskus.

größeren Widerstand aufgelassen wurde, nun sehr beschwerlich mit einem beträchtlichen Aufwand und in wenigen Vorzeigetrieben sehr zögerlich wieder auf die Beine gestellt wird.

Mobilität 2.0 & Brain-Drain, der an die Substanz geht

Der gegenwärtige Fachkräftemangel hat allerdings mehrere Ursachen. Niedrige Lohnniveaus, Perspektivenlosigkeit und andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, oder auch bloße Neugier motivieren beträchtliche Teile der Bevölkerung zur erhöhten Mobilität. Das hat eine starke Tradition: schon zu Zeiten der k. u. k. Monarchie und der ersten Tschechoslowakischen Republik sind große Teile der Bevölkerung ausgewandert. Schätzungen sprechen von dzt. mehr als 2,2 Millionen AuslandsslowakInnen, bei 5,4 Mio. EinwohnerInnen im Land. Die gegenwärtige Mobilität hat jedoch andere Gesichter:

- Das slowakische statistische Amt spricht von über 160.000 ArbeitsmigrantInnen, die sich im Ausland nur kurzfristig aufhalten (Aufenthalt unter einem Jahr und PendlerInnen).
- Für Aufenthalte mit einer Dauer von über einem Jahr fehlen seriöse Daten. Als Indiz können die Statistiken von slowakischen Krankenversicherungsträgern dienen, wonach seit dem Jahr 2009 jährlich 30.000 unter 30-Jährige Menschen ausgewandert sind.
- Wenn man bedenkt, dass es in den 1990er Jahren zwischen 55.000 und 60.000 Geburten pro Jahr gab, wird das Ausmaß der Abwanderung und des Brain-Drains ersichtlich. Das belegt auch das Ranking der Weltbank zur Fähigkeit

eines Landes, die Talente („Young Professionals“) zu halten. Die Slowakei nimmt dort langfristig Plätze zwischen 130-120 von 149 beurteilten Ländern weltweit ein.⁵ Österreich lag im Jahr 2016 an 24. Stelle.

Die Abwanderung von jungen Leuten ist jedoch kein rein slowakisches Phänomen und auch in manchen anderen „neuen“ EU-Mitgliedstaaten sichtbar.

Zur aktuellen politische Situation

Die slowakische Politik wird in den letzten Jahren von der Partei SMER-SD und Premierminister Robert Fico dominiert. Die nach 2012 allein regierende sozialdemokratische bis linksnationale Partei hat es auch nach den Wahlen im Jahre 2016 geschafft, eine Regierung zu bilden. Diese Wahl brachte gleich mehrere Überraschungen hervor:

- Die wohl größte war das starke Abschneiden der rechtsextremen Partei Kotleba-LSNS, einer Partei, welche Sympathien für das geistige Erbe des faschistischen slowakischen Staates in den Jahren 1939-1945 ostentativ zur Schau stellt.
- Wie man richtig vermutet, bietet gerade diese Partei scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme, egal ob es sich um die Roma-Situation, die „Ausbeutung“ der Einheimischen durch internationale Konzerne oder den Ausverkauf des Bodens und Wassers handelt. Weitere Überraschungen waren der Nichteinzug der bei der vorletzten Wahl zweitstärksten Partei KDĽ (Christdemokratische Bewegung) in den Nationalrat und der Einzug von gleich vier bis dahin nicht im Nationalrat vertretenen Parteien.

Bereits eine Woche nachdem Robert Fico von Präsident Kiska mit der Regierungsbil-

Die gegenwärtige Abhängigkeit von der Automobilindustrie wird zunehmend als Problem betrachtet.

derung beauftragt worden war, konnte sich die SMER-SD mit den jetzigen RegierungspartnerInnen von der gemäßigt rechten Nationalkonservativen SNS (Slowakische Nationalpartei), der ungarisch-slowakischen Partei Most-Hid (Brücke), sowie der neuen Rechtspartei Siet (Netz) einigen. Dass gleich zwei von diesen Regierungspartnern eine Kooperation mit SMER-SD vor den Wahlen dezidiert ausgeschlossen hatten, bleibt wohl nur eine Randnotiz der neueren slowakischen Geschichte und ein Zeichen für die politischen Qualitäten des neuen alten Premierministers Fico.

Innenpolitische Entwicklungen

Die prekäre Situation vieler ArbeitnehmerInnen wird von der neuen Regierung zunehmend aufgegriffen.

Obwohl es sich bei der aktuellen Regierung um eine ungewöhnlich breite Koalition handelt, erscheint diese zurzeit schon wegen der absoluten Fragmentierung der Opposition alternativlos. Wider Erwarten bedeutet die Buntheit der Koalition aber nicht, dass keine heiklen Themen angepackt werden. Die bereits erwähnte Einführung der Dividendenbesteuerung war sicherlich ein Zeichen für die Stabilität der bestehenden Koalition.

Zu weiteren Agenden der Regierung gehört die deutliche Anhebung der Mindestlöhne. Immer intensiver wird auch die Korruptionsbekämpfung erwähnt – ein öffentlich immer breiter debattiertes Thema.

Auch die prekäre Situation vieler ArbeitnehmerInnen wird von den Koalitionsparteien zunehmend aufgegriffen. Selbst die Nationalkonservativen (SNS) haben zuletzt mit dem Vorschlag der Einführung eines gesetzlichen 13. steuer- und sozialabgabenbefreiten Gehaltes für Aufsehen gesorgt. Die Partei des Premierministers SMER-SD scheint der Idee etwas abgewinnen zu können und setzt mit dem Vorstoß einer Anhebung der

Mindestlöhne um über 13 % im Jahr 2018 noch eins drauf - alles Maßnahmen, welche grundsätzlich die Situation der ArbeitnehmerInnen verbessern würden. Die Produktivität steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt. Vor diesem Hintergrund muss letzten Endes die Frage gestellt werden, welche Funktion in dieser Situation die Gewerkschaften haben, wenn die gesetzlichen Mindestlohnanhebungen die Erhöhungen von kollektivvertraglichen Mindestlöhnen in vielen Branchen überholen.

Zur aktuellen Gewerkschaftslandschaft

Die gute Nachricht zuerst: Die rasant sinkenden Mitgliederzahlen scheinen vorerst der Vergangenheit anzugehören. Die weniger gute: Die Gesamtanzahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt nunmehr gerade noch ca. 260.000. Das entspricht einer gewerkschaftlichen Organisationsrate von ca. 10,3 Prozent aller unselbständig Beschäftigten. Dem entspricht der schleichende Rückzug der Gewerkschaften aus der allgemeinen politischen Debatte.

Der einzige (ernstzunehmende) Dachverband KOZ SR hat es geschafft Einigkeit zu bewahren. Eine herausragende Leistung bei 27 Teilgewerkschaften und historisch bedingter hartnäckig verfestigter Skepsis der Bevölkerung gegen alles was „als sozial oder gewerkschaftlich“ auftritt. Dazu kommen schwierige strukturelle Rahmenbedingungen für die Interessenvertretung und die gewerkschaftliche Organisierung:

- So begründet sich etwa die chronische Unterfinanzierung des Dachverbandes, sowie der Teilgewerkschaften auf der starken Betriebsbezogenheit der Gewerkschaftsvertretung. 65 % bis 80 % der Mitgliedsbeiträge verbleiben auf betrieblicher Ebene.

- Eigenständige Betriebsgewerkschaften sind in der Regel nicht bereit, Mittel oder Kompetenzen an die übergeordnete Gewerkschaft abzugeben. Sie versuchen Gewerkschaftsagenden im Alleingang zu verfolgen, was bestenfalls in großen Einheiten gelingen kann.
- Das ist heute in der Slowakei eine nahezu einbetonierte Situation. Zwar ist das Problembewusstsein bei den Spitzen der Gewerkschaften vorhanden, doch scheiterte in der Vergangenheit jeder Versuch, die betriebsübergreifende Ebene zu stärken.

Unter dem Motto einer effektiveren Rechtsdurchsetzung sind Mitte des Jahres 2016 Änderungen im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit in Kraft getreten.

Dazu kommen neue Fragmentierungstendenzen. So mehren sich in letzter Zeit die Anzeichen von Spannungen im Inneren der Gewerkschaften. Ein folgenschweres Beispiel ist die Auseinandersetzung rund um das VW-Werk in Bratislava:

- Nach Machtkämpfen innerhalb der stärksten Branchengewerkschaft KOVO (ursprüngliche Metallergewerkschaft) kam es zum Bruch mit großen Teilen der Betriebsgewerkschaft mit über 7.000 Gewerkschaftsmitgliedern.
- Dass führte zur Gründung einer neuen, vorläufig in keinem Verband organisierten VW-Gewerkschaftsorganisation.
- Die folgende öffentlich geführte Diskussion über das Schicksal von vorhandenen Vermögenswerten, die Aufteilung der Kompetenzen auf betrieblicher Ebene, sowie angebliche demokratische Defizite haben das Bild der Arbeitnehmerschaft als einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung stark erschüttert.

Positiv zu erwähnen ist, dass die letzte wie auch die jetzige Regierung hinsichtlich des Abbaus an Gewerkschaftsrechten der vorletzten liberal-konservativen Vorgängerregierung nicht nur „die Stopptaste gedrückt“ hat. Darüber hinaus hat sie kontinuierlich Schritte gesetzt, welche die Situation der Gewerkschaften, sowie der ArbeitnehmerInnen nachhaltig verbessern werden. Unter dem Motto einer effektiveren Rechtsdurchsetzung sind Mitte des Jahres 2016 Änderungen im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit in Kraft getreten. Von diesen verspricht man sich eine wesentliche Verkürzung der Verfahrensdauer und auch eine gewisse Professionalisierung, sowie erhöhte Transparenz der Entscheidungen. Zuletzt hat die lange Verfahrensdauer und mangelnde „Waffengleichheit“ bei der Tragung der Prozesskosten die Gewerkschaften stark strapaziert.

Ein Erfolg für die Gewerkschaften ist die Wiedereinführung der Möglichkeit der Erweiterung der Kollektivverträge für DienstgeberInnen, welche keinen Betriebskollektivvertrag abgeschlossen haben und auch keinem (freiwilligen) Kollektivvertrag abschließenden Dienstgeberverband angehören. Die Außenseiterwirkung ist in der Slowakei nicht gegeben. Insgesamt liegt die Abdeckungsrate der Kollektivverträge mit ca. 25 Prozent EU-weit im unteren Feld. Der letzte Versuch, diese (mit massiven Ausnahmen) auszuweiten, ist im April 2016 fehlgeschlagen als der Verfassungsgerichtshof die damalige Regelung als verfassungswidrig aufgehoben hat. Nun wird fieberhaft an der Korrektur dieser Bestimmung gearbeitet.

In der Sozialpartnerschaft gibt es allerlei

Die DienstgeberInnen sind traditionell in einer Fülle von freiwilligen Interessenverbänden organisiert. Die erhöhte Volatilität inner-

Der Abbau an Gewerkschaftsrechten der liberal-konservativen Vorgängerregierung ist vorerst gestoppt, ein funktionierender sozialpartnerschaftlicher Dialog ist aber auch 13 Jahre nach dem EU-Beitritt nicht in allen Wirtschaftsbereichen selbstverständlich.

halb dieser Verbände ist jedoch kein Garant für eine funktionierende Sozialpartnerschaft und erschwert in vielen Branchen eine systematische Zusammenarbeit.

Beispielsweise hat der Dienstgeberverband im Bankensektor, die Slowakische Bankenassoziation, unlängst ihre Zuständigkeit im Bereich der Kollektivvertragspolitik einfach aus den Statuten entfernt. Durch einen einzigen Schritt fällt somit die Möglichkeit weg, im Bankenbereich – einem der wenigen Sektoren, wo es in der Slowakei bislang noch Rahmenverträge auf Branchenebene gab – einen überbetrieblichen Kollektivvertrag zu verhandeln und abzuschließen. Während versucht wird, die ArbeitgeberInnen wieder an den Verhandlungstisch zurückzuholen, drohen die Interessen der betroffenen ArbeitnehmerInnen auf der Strecke bleiben. Beispiele wie dieses zeigen, dass ein funktionierender sozialpartnerschaftlicher Dialog auch 13 Jahre nach dem EU-Beitritt nicht in allen Wirtschaftsbereichen selbstverständlich ist.

Alles in allem, der wirtschaftliche Fortschritt der letzten Jahre ist in der Slowakei unver-

kennbar und allgegenwärtig. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass dies durch einen sehr hohen Preis erkauft wurde. Bezahlt haben das auf die eine oder andere Art breite Teile der Bevölkerung. Die ArbeitnehmerInnen, deren Familien, die marginalisierten Gruppen und die Zivilgesellschaft. Es wird eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaften, sowie verantwortungsvolle Teile der Politik in den nächsten Jahren sein, für einen gerechten Ausgleich zu sorgen.

Davon wird es wohl wesentlich abhängen, ob der zweifellos vorhandene Verteilungsspielraum im Land zugunsten der Beschäftigten genutzt werden kann und auch die Sozialquote mit dem BIP-Wachstum ausgeweitet werden kann. Kurzum, es geht darum, ob unser nordöstlicher Nachbar nachhaltig auf den Pfad der sozialen Marktwirtschaft einschwenken kann oder im Status eines mittel- und osteuropäischen Tigerstaates im Herzen der EU verbleibt. Das Ende der Geschichte ist hier jedenfalls noch nicht geschrieben.

1 Emil Gula ist Experte in der Abteilung Europa, Konzerne, Internationale Beziehungen in der GPA-djp.

2 http://www.upsvar.sk/statistiky/nezamestnanost-mesacne-statistiky/kopia-2016.html?page_id=671750.

3 <http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/population-in-employment-working-nights>.

4 AMECO is the annual macro-economic database of the European Commission's Directorate General for Economic and Financial Affairs http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm.

5 http://todata360.worldbank.org/indicators/retain.talent?country=AUT&indicator=575&viz=line_chart&years=2013,2016.